

Umfassende Modernisierung des Gebäudebestands gefordert:

Ein Weg aus der Energie- und Konjunkturkrise

Es gibt sie also doch noch, die übergreifenden Initiativen zur Lösung anstehender Herausforderungen. Als aktuelles und ausgesprochen positives Beispiel sei hier die Bundesinitiative Zukunftsorientierte Gebäudemodernisierung e. V. „Jetzt!“ genannt. Eine konzertierte Aktion, die u. a. von Vertretern aus Handwerks- und weiteren Fachverbänden, dem DGB, Architekten, Energieberatern, Forschungsinstituten, Palamentariern und führenden Unternehmen der Glas-, Fenster-, Dämmstoff- und Heizungsindustrie kürzlich ins Leben gerufen wurde. Ziel dieser Initiative ist, nicht nur das Bewußtsein für die energetische Gebäudemodernisierung zu schärfen, sondern zugleich auch geeignete Maßnahmen für die Reduzierung der CO₂-Emissionen und Heizkosten aufzuzeigen. Ein gewünschter Nebeneffekt dabei: Die angeschlagene Bauindustrie und baunahe Branche mit Hilfe eines sinnvollen Althausanierungsprogramms wieder zu neuem Leben zu erwecken.

Eine Initiative zur rechten Zeit und mit den rechten Partnern, ist man geneigt zu sagen. Denn noch sind die Ölpreisexlosionen in aller Munde. Einzig und allein die Fixierung der öffentlichen Debatte auf Kraftstoffpreise – wie es momentan geschieht – geht in die falsche Richtung und wird der Problematik nicht gerecht. Schließlich wird rund ein Drittel des Energieverbrauchs durch die Gebäudeheizung und Brauchwassererwärmung verursacht. Zur rechten Zeit auch, weil die aktuellen Prognosen der zu erwartenden Baukonjunktur keinen Anlaß zu Hoffnungen geben. Für dieses Jahr erwartet allein der Verband der Fenster- und Fassadenhersteller einen Rückgang beim Fensterabsatz um elf Prozent. Mit zunehmenden Insolvenzen und einer Bereinigung des Fenstermarktes rechnet der VFF auch für das Jahr 2001. Prognostiziert wird ein weiterer Rückgang um 7,7 Prozentpunkte. Ökologischer und wirtschaftlicher Handlungsbedarf ist also mehr als reichlich vorhanden, zumal insgesamt rund 27 Millionen Wohneinheiten einer Sanierung bedürfen.

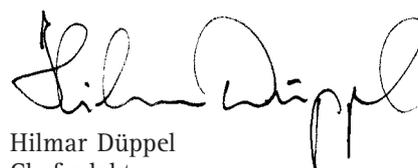
Vor diesem Hintergrund sind die von der Bundesinitiative skizzierten Szenarien absolut überzeugend. Das Konzept sieht in einer von namhaften Instituten durchgeführten Modellrechnung vor, daß rund 300 000

Wohnungen pro Jahr energetisch saniert werden. Damit ließen sich rund 200 000 zukunftsfähige Arbeitsplätze schaffen. Der Energieverbrauch könnte um 50 Prozent gesenkt werden, und die Einsparung an CO₂ läge bei zwei Millionen Tonnen. Zu guter Letzt könnte der Staat noch um acht Milliarden DM entlastet werden, weil Ausgaben für Arbeitslosigkeit wegfallen und Mehreinnahmen bei Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen zu verbuchen sind. Das Konzept sieht z. B. Verbesserungen des Wärmeschutzes der Gebäudehüllen, z. B. durch Wärmedämmung von Fenstern, Dächern und Wänden, den Austausch veralteter Heizungsanlagen sowie die verstärkte Nutzung erneuerbarer Energien, z. B. durch Photovoltaik und Solarthermie, vor. Etliche Arbeitsplätze würden somit in den Betrieben des Bau- und Baunebergewerbes entstehen, vor allem auch im Bereich der Fenstererneuerung und in der Isolierglasbranche.

Es bleibt zu hoffen, daß das vorgelegte Konzept an den entscheidenden Stellen in der Politik

nicht auf taube Ohren stößt. Denn staatliche Anreize in Form von Steuererleichterungen bzw. Abschreibungsmodellen oder direkten Investitionen sind bei der Umsetzung des anspruchsvollen Programms leider auch notwendig. Die Erfahrungen der jüngsten Zeit haben gezeigt, daß ausschließlich Appelle an das Energiebewußtsein in der Bevölkerung nicht ausreichen. Der Bundesinitiative ist zu wünschen, daß sie an Schlagkraft und Einfluß in der Politik gewinnt und ihr nicht auf halbem Wege die Puste ausgeht, wie es schon so manchen wohlgemeinten Initiativen ergangen ist.

Ihr



Hilmar Düppel
Chefredakteur

